

Erklärung der HMI-Friedensgruppe

Berlin, den 15. Juni 1984

Aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens des Hahn-Meitner-Instituts für Kernforschung (HMI) findet heute in der Urania ein "Festakt" mit politischer und wissenschaftlicher Prominenz statt. Als Vertreter der Friedensgruppe an diesem Institut möchten wir mit dieser Aktion daran erinnern, daß sich eine Vielzahl der Mitarbeiter dieses Instituts mehrfach zu nach wie vor aktuellen Fragen der Atomrüstung geäußert haben.

Auf unserer Stellwand dokumentieren wir den Göttinger Appell von 1957, zu dessen Initiatoren auch der Namensgeber unseres Instituts - OTTO HAHN - gehörte. Damals protestierten 18 namhafte deutsche Atomforscher gegen die Atombewaffnung der Bundeswehr.

Im Jahr 1977 unterzeichneten 98 Mitarbeiter des HMI einen offenen Brief an den Bundesaußenminister, in welchem sie sich gegen das deutsch-brasilianische Kernenergieabkommen wandten. Dieses Abkommen eröffnete der brasilianischen Militärregierung den Zugang zu Atomwaffen.

Ein Jahr später wurde eine Erklärung von 142 HMI-Mitarbeitern veröffentlicht, die sich gegen die Neutronenbombe richtete.

Schließlich appellierten im Herbst vergangenen Jahres mehr als die Hälfte der Mitarbeiter (338) des HMI in einem offenen Brief an die Regierungen beider deutscher Staaten, sich für ein atomwaffenfreies Deutschland einzusetzen. Dieser Appell entstand aus der Sorge heraus, daß die Stationierung von Pershing II und Cruise Missile einen Atomkrieg auf deutschem Boden wahrscheinlicher macht.

Unserer Meinung nach dürfen auch Naturwissenschaftler sich ihrer politischen Verantwortung in bestimmten Fragen nicht entziehen. Leider wurde im offiziellen Festprogramm der Problemkreis der Atomrüstung und der Weiterverbreitung von Atomwaffen gänzlich ausgelassen, während z. B. unsere Kollegen in den USA diese Probleme in aller Offenheit diskutieren.

Daß auch hierzulande Naturwissenschaftler ihre Verantwortung erkennen, hat in eindrucksvoller Weise der Mainzer Kongreß (Juli 1983) "Naturwissenschaftler warnen vor neuer Atomrüstung" gezeigt. Der Nachfolgekongreß findet am 7./8. Juli in Göttingen statt und setzt sich mit den Gefahren der Militarisierung des Weltraums auseinander.

V.i.S.d.P.: 

ERKLÄRUNG DER 18 ATOMWISSENSCHAFTLER
VOM 12. APRIL 1957

Die Pläne einer atomaren Bewaffnung der Bundeswehr erfüllen die unterzeichneten Atomforscher mit tiefer Sorge. Einige von ihnen haben den zuständigen Bundesministern ihre Bedenken schon vor mehreren Monaten mitgeteilt. Heute ist die Debatte über diese Frage allgemein geworden. Die Unterzeichneten fühlen sich daher verpflichtet, öffentlich auf einige Tatsachen hinzuweisen, die alle Fachleute wissen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht hinreichend bekannt zu sein scheinen.

1. Taktische Atomwaffen haben die zerstörende Wirkung normaler Atombomben. Als „taktisch“ bezeichnet man sie, um auszudrücken, daß sie nicht nur gegen menschliche Siedlungen, sondern auch gegen Truppen im Erdkampf eingesetzt werden sollen. Jede einzelne taktische Atombombe oder -granate hat eine ähnliche Wirkung wie die erste Atombombe, die Hiroshima zerstört hat. Da die taktischen Atomwaffen heute in großer Zahl vorhanden sind, würde ihre zerstörende Wirkung im ganzen sehr viel größer sein. Als „klein“ bezeichnet man diese Bomben nur im Vergleich zur Wirkung der inzwischen entwickelten „strategischen“ Bomben, vor allem der Wasserstoffbomben.

2. Für die Entwicklungsmöglichkeit der lebenausrottenden Wirkung der strategischen Atomwaffen ist keine natürliche Grenze bekannt. Heute kann eine taktische Atombombe eine kleinere Stadt zerstören, eine Wasserstoffbombe aber einen Landstrich von der Größe des Ruhrgebiets zeitweilig unbewohnbar machen. Durch Verbreitung von Radioaktivität könnte man mit Wasserstoffbomben die Bevölkerung der Bundesrepublik wahrscheinlich heute schon ausrotten. Wir kennen keine technische Möglichkeit, große Bevölkerungsmengen vor dieser Gefahr sicher zu schützen.

Wir wissen, wie schwer es ist, aus diesen Tatsachen die politischen Konsequenzen zu ziehen. Uns als Nichtpolitikern wird man die Berechtigung dazu abstreiten wollen; unsere Tätigkeit, die der Tätigkeit der reinen Wissenschaft und ihrer Anwendung gilt und bei der wir viele junge Menschen unserem Gebiet zuführen, belädt uns aber mit einer Verantwortung für die möglichen Folgen dieser Tätigkeit. Deshalb können wir nicht zu allen politischen Fragen schweigen. Wir bekennen uns zur Freiheit, wie sie heute die westliche Welt gegen den Kommunismus vertritt. Wir leugnen nicht, daß die gegenseitige Angst vor den Wasserstoffbomben heute einen wesentlichen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt und der Freiheit in einem Teil der Welt leistet. Wir halten aber diese Art, den Frieden und die Freiheit zu sichern, auf die Dauer für unzuverlässig, und wir halten die Gefahr im Falle ihres Versagens für tödlich.

- Wir fühlen keine Kompetenz, konkrete Vorschläge für die Politik der Großmächte zu machen. Für ein kleines Land wie die Bundes-

republik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet. Jedenfalls wäre keiner der Unterzeichneten bereit, sich an der Herstellung, der Erprobung oder dem Einsatz von Atomwaffen in irgendeiner Weise zu beteiligen.

Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.

Fritz Bopp

Max Born

Rudolf Fleischmann

Walther Gerlach

Otto Hahn

Otto Haxel

Werner Heisenberg

Hans Kopfermann

Max v. Laue

Heinz Maier-Leibnitz

Josef Mattauch

Friedrich-Adolf Paneth

Wolfgang Paul

Wolfgang Riezler

Fritz Strassmann

Wilhelm Walcher

Carl Friedrich Frhr. v. Weizsäcker

Karl Wirtz